

doch wiederum keinen konkreten Zeitpunkt. (FAZ, 4.10.04)

Auch nach dem Treffen chinesischer Vertreter mit dem internationalen Währungsfonds Anfang Oktober d.J. wurde kein genauer Termin für eine Flexibilisierung der Wechselkurse angekündigt. Li Ruogu, einer der stellvertretenden Zentralbankpräsidenten, antwortete auf entsprechende Fragen mit dem Hinweis, dass diese Entscheidung falle, „wenn die Bedingungen dafür reif sind.“ (Agence France Press, 3.10.04)

Die chinesische Regierung hat bereits in vielen bilateralen Gesprächen mit einzelnen G7-Staaten deutlich gemacht, dass sie einen politischen Druck auf ihre währungspolitischen Entscheidungen nicht akzeptiert. Aus chinesischer Sicht ist eine Aufwertung des Wechselkurses bzw. eine Freigabe der Bindung an einen Währungskorb eine Entscheidung, die durch binnenwirtschaftliche Entwicklungen gerechtfertigt werden muss. Hier steht an erster Stelle die Sanierung der Staatsbanken. Damit ist durchaus ein Zeithorizont verbunden, da bis Ende 2006 die Staatsbanken für den Wettbewerb mit ausländischen Banken fit gemacht werden müssen. Dann nämlich treten die im Beitrittsprotokoll festgelegten Öffnungsklauseln für Auslandsbanken in Kraft.

Tatsächlich gibt es keine Möglichkeit, das Währungsregime eines Landes durch Außendruck zu verändern. Auch für die WTO oder für den Internationalen Währungsfonds ist dies kein Thema. Allerdings hat China ein Interesse, mit den wichtigsten Handelspartnerländern – dies sind ja die G7-Länder – gut auszukommen. Aus diesem Grund erfolgte auch die Zusage gegenüber den USA von Anfang d.J., eine gemeinsame Kommission zu bilden, die die unterschiedlichen Interessen der Länder an Freigabe bzw. ein abgestuftes Vorgehen diskutieren sollte. -schü-

Binnenwirtschaft

24 Zentralregierung korrigiert Wachstumsziel nach oben

Cao Yushu von der State Development and Reform Commission (SDRC) gab Ende September in einem Interview mit den staatlichen Medien bekannt, dass die Regierung im laufenden Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 9% rechnet. Dies ist deutlich mehr als die am Anfang des Jahres erwarteten 7,2% Wirtschaftswachstum. Wird das Ziel erreicht, dann würde das Wachstum nur um 0,1% geringer als im Vorjahr ausfallen. Im 1. Halbjahr hatte das Wachstum noch bei 9,7% gelegen. Für das dritte Quartal wird mit einem Abflachen des Wachstumstempos auf 8,2% gerechnet. (SCMP, 27.9.04)

Nach wie vor stellt sich die Abbremsung der überhitzten Konjunktur, insbesondere die Ausweitung der Investitionen, als sehr schwierig dar. Von Januar bis August 2004 nahmen die Anlageinvestitionen nach Angaben der SDRC um 30,3% zu, sie lagen damit noch höher als im Vorjahr. Während die Anlageinvestitionen im 1. Quartal allerdings noch um 47,8% gestiegen waren, betrug das Wachstum im Monat August nur noch 26,3%. Als Grund für diese Entwicklung nannte die SDRC die stärkere Überwachung von Projekten bzw. Genehmigungen. So sollen seit Ende April d.J. 427 Projekte mit einem Volumen von 43 Mrd. RMB gestoppt worden sein. (XNA, 15.9.04)

Auch die Preisentwicklung stellt ein Problem dar. So stieg der Verbraucherpreisindex im August im Vergleich zur Vorjahresperiode um 5,3%. Damit nähert sich die Inflation dem durchschnittlichen Kreditzinssatz von 5,31% an. (XNA, 8.9.04) Noch höher fiel der Preisanstieg für Industriegüter ab Fabrik aus, der im August bei 6,8% gegenüber dem Vorjahresmonat lag. Ursache der Preisentwicklung war vor allem der Anstieg der globalen Erdölpreise und der Preise für wichtige Investitionsgüter, u.a. Stahl. Im August 2004 erhöhten sich die Preise von Rohstoffen, Brenn-

stoffen und Energie gegenüber dem Vorjahresmonat um 12,9% bzw. gegenüber Juli 2004 um 0,9%. (Angaben des Staatlichen Statistikamtes vom 20.9.04, in: http://www.stats.gov.cn/english/newsandcomingevents/t20040920_402194838.htm)

Auf einem regulären Treffen des Staatsrates wies Ministerpräsident Wen Jiabao Mitte September darauf hin, dass die Schritte zur Verhinderung (sic!) einer wirtschaftlichen Überhitzung sich als richtig und wirkungsvoll erwiesen hätten. Allerdings müssten die Reformen zur Lösung systemischer Probleme fortgesetzt werden, um die positiven Wirkungen der gesamtwirtschaftlichen Kontrollmaßnahmen zu konsolidieren. Obwohl Wen nicht detailliert auf einzelne noch anstehende Maßnahmen einging, erwähnte er doch die Fortsetzung einer angemessenen Kontrolle über die Anlageinvestitionen, Restriktionen bei der Kreditvergabe und Genehmigungen von Landnutzung für Immobilienprojekte sowie die Sicherung stabiler Getreide- und Lebensmittelpreise. (WSJ, 13.9.04)

Anfang September veröffentlichte die China Banking Regulatory Commission (CBRC) auf ihrer Homepage neue Bestimmungen zur Abkühlung der Investitionen im Immobiliensektor. Hierzu zählt, dass Immobilienunternehmen statt bisher 30% nunmehr 35% des Projektwertes hinterlegen müssen. Einzelinvestoren müssen 20% des Kaufpreises hinterlegen. Für private Immobilienkredite gilt, dass die monatlichen Verpflichtungen eine Grenze von 55% des Gesamteinkommens nicht überschreiten dürfen; bisher hatte die Grenze bei 70% gelegen. Die Banken wurden von der CBRC dazu verpflichtet, die Einhaltung der neuen Bestimmungen zu überwachen. (FT, 4./5.9.04)

Einem NfA-Bericht vom 9.9.04 zufolge soll die Zentralregierung auch seit Anfang 2004 im Rahmen ihrer Abbremspolitik Entwicklungszonen geschlossen bzw. miteinander verschmolzen haben. Hierbei handelte es sich um rd. 2.000 illegal ausgewiesene Entwicklungszonen. Weiterhin wurden im 1. Halbjahr allein 32.500 Fälle illegaler Landnutzung über eine Gesamtfläche von rd. 21.700 ha (davon rd. 13.300 ha Ackerland) überprüft.

Deutliche Auswirkungen der Abbremsmanöver der Regierung sind beim Wachstum der Geldmenge und des Kreditvolumens feststellbar. So nahm die Geldmenge M2 im August um 13,6% zu und lag damit um rd. 6 Prozentpunkte niedriger als Ende 2003. Das Wachstum der Kreditmenge betrug im August 14,5%, das war die niedrigste Zuwachsrate seit den letzten 20 Monaten. (WSJ, 13.9.04)

Trotz des deutlichen Rückgangs des Kreditmengenwachstums nahmen die Anlageinvestitionen weiterhin zu. Dieser Widerspruch ist dadurch erklärbar, dass vor allem die kurzfristigen Kredite bzw. Umlaufkredite beschnitten wurden. Die langfristigen Kredite für Investitionen sollen dagegen weiter gestiegen sein. (ST Interactive, 10.9.04)

Von den Kreditrestriktionen bei Umlaufkrediten sind einem Bericht der *Financial Times* vom 3.9.04 vor allem die Privatunternehmen betroffen. Als Folge sollen sich illegale Kreditmärkte und Untergrundbanken gebildet haben, die auf die normalen Kreditzinsen mindestens 10% aufschlagen. Die Aufforderung der Zentralbank an die Staatsbanken, ihre Kreditvergabe anzupassen, ist nach Einschätzung von Zhu Baoliang vom State Information Centre vor allem zu Lasten der privaten Unternehmen gegangen. Eine ähnliche Wirkung habe die größere Flexibilisierung der Zinssätze für die Staatsbanken gehabt. Einer Untersuchung des Nationalen Statistikamtes in 3.911 Unternehmen zeigte, dass fast alle Unternehmen Probleme bei der Aufnahme von Umlaufkrediten hatten.

Die Außenhandelsentwicklung ist weiterhin positiv. In den ersten acht Monaten d.J. nahm das Exportvolumen um 35,8% zu und erreichte einen Wert von 360,6 Mrd. US\$. Die Wachstumsrate im August lag bei 37,7%, im Juli bei 34%. Obwohl die Importe mit 40,8% sogar noch schneller stiegen und sich auf 361,5 Mrd. US\$ beliefen, konnte der negative Saldo reduziert werden. (SCMP, 11.9.04)

Das hohe Exportwachstum erklärt, warum im August das Wachstum des Industrieoutputs wieder angezogen hat. So lag der Zuwachs mit 15,9% im August um 0,4% über dem Vormonat. Im Vergleich zur Wachstumsspit-

ze von 23% im Februar lässt sich trotzdem der abflachende Trend erkennen. Aus Sicht einiger Analysten besteht jedoch noch die Gefahr, dass die restriktiven Maßnahmen der Regierung in einigen Branchen ihre Wirkung verloren haben. Zwar stieg der Output von Fahrzeugen im August nur noch um 2,3%, der Stahloutput legte jedoch erneut um 23% zu. (FT, 11./12.9.04) -schü-

25 „Staatsunternehmen auf dem richtigen Reformweg“

Ende September veröffentlichte die staatliche Vermögenskontroll- und Verwaltungskommission (SASAC) einen Bericht, in dem sie die bisherigen Erfolge der Reformanstrengungen der Staatsunternehmen hervorhob.

Nach SASAC-Angaben erzielten die staatseigenen Unternehmen und die staatlichen Holdinggesellschaften im Jahre 2003 einen Gewinn von rd. 495 Mrd. RMB (rd. 60 Mrd. US\$) und zahlten Steuern in Höhe von 810 Mrd. RMB (rd. 98 Mrd. US\$), ein Anstieg im Vergleich zum Jahr 2002 um 30,8% bzw. um 16,7%. Auf die Unternehmen entfiel damit rd. die Hälfte aller Gewinne und Steuern der Industrie- und Handelsunternehmen landesweit.

Teil der Reformen der Staatsunternehmen ist ihre rechtliche Umwandlung, ihre Fusion und die Zulassung von Konkursen für mittelfristig im Verlustbereich operierende Unternehmen. Die SASAC weist in ihrem Bericht darauf hin, dass im Jahre 2003 die Zahl der staatseigenen Unternehmen bei rd. 150.000 lag, ein deutlicher Rückgang im Vergleich zu der Zahl von 238.000 Unternehmen im Jahre 1998. Gegenüber dem Vergleichsjahr 1998 erhöhten sich die Gewinne um das 22,2fache. Die im Jahre 2003 bestehenden rd. 147.000 kleinen und mittelgroßen Staatsunternehmen waren in der Lage, ihre Gewinne von 2,3 Mrd. RMB im Jahre 1995 auf 196,8 Mrd. RMB zu steigern.

Der Bruttowert des Vermögens der staatseigenen Unternehmen vergrößerte sich von 14,9 Billionen RMB (1,795 Billionen US\$) im Jahre 1998 auf 19,7 Billionen RMB (2,373 Billionen US\$) im Jahre 2003; der Nettowert stieg von 5,21 auf 8,36 Billionen RMB. Im letzten Jahr wurden nach

SASAC-Angaben 15 chinesische Unternehmen in die Liste der 500 größten Unternehmen weltweit aufgenommen, davon waren 14 Staatsunternehmen. Dagegen gab es im Jahre 1998 lediglich drei Unternehmen, die in diese Kategorie fielen.

Wird nach der Aufteilung der Vermögenswerte der staatseigenen Unternehmen zwischen Zentral- und Lokalregierungen gefragt, so ergibt sich für das Jahr 2003 folgendes Bild: 56,7% der Vermögenswerte der staatseigenen Industrie- und Handelsunternehmen wurden durch die Zentralregierung und 43,3% durch die Lokalregierungen kontrolliert. Die SASAC weist in ihrem Bericht darauf hin, dass in wirtschaftlich besser entwickelten Regionen der Beitrag der Staatsunternehmen zur Wirtschaft im Vergleich zu Regionen mit einem geringeren Entwicklungsniveau deutlich kleiner ist. Auch in den einzelnen Sektoren bzw. Branchen variiert der Beitrag der Staatsunternehmen. Mit der Fortführung der Reformen erwartet die SASAC, dass der prozentuale Anteil der Staatsunternehmen weiter zurückgehen wird, obwohl ihr Gesamtwert weiter zunehmen könnte.

Die Eigentumsstruktur vieler staatseigener Unternehmen veränderte sich dem SASAC-Bericht zufolge in den letzten Jahren. So sollen rd. 60% der größten 4.223 Staatsunternehmen ihre Aktienstruktur zunehmend diversifiziert haben. Wie Eigentumsrechte an den Staatsunternehmen umgewandelt werden können, wie Vermögenswerte der Unternehmen zu bewerten sind und viele andere Details des Transfers von staatseigenen Vermögenswerten regeln die Ende 2003 veröffentlichten Bestimmungen der Regierung. Statistiken über staatseigene Unternehmen, die der Zentralregierung unterstehen, zeigen für die Städte Beijing, Tianjin und Shanghai, dass dort insgesamt 2.363 Vermögenstransaktionen in den ersten acht Monaten d.J. mit einem Volumen von 46,76 Mrd. RMB stattgefunden haben. Die anstehenden Verkäufe von Unternehmen bzw. -teilen sollen vorher bekannt gemacht worden sein; Verkaufspreise waren im Allgemeinen höher als der geschätzte Vermögenswert der Unternehmen.

Die SASAC weist auf Erfahrungen mit der Umwandlung von staatseigenen Unternehmen in Aktiengesellschaften und ihrer Notierung an in- und ausländischen Wertpapierbörsen hin. Dies sei ein wichtiger Schritt für die strukturelle Anpassung des Staatssektors und für den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen. Dagegen wendet sich die SASAC gegen ein *management buyout* großer staatseigener Unternehmen, d.h. gegen die Übernahme des Unternehmens durch das Management. Begründet wird diese Position damit, dass ein effektives Preissystem für die Bewertung staatseigener Vermögenswerte fehle, die gesetzlichen Bestimmungen für ein *management buyout* und ein Kontrollsystem noch unzureichend sind und Finanzierungsmöglichkeiten fehlten. Außerdem stehe die Kombination von Eigentum und Management im Rahmen des *management buyout* im Widerspruch zu den Bemühungen um den Aufbau einer modernen Unternehmensführung und eines Aktiensystems.

Während das Management großer Staatsunternehmen kaum in der Lage ist, das Unternehmen aufzukaufen, wird diese Lösung für kleine und mittelgroße Unternehmen auf der Basis der von der Zentralregierung und der SASAC Ende 2003 herausgegebenen Bestimmungen durchaus akzeptiert. Voraussetzungen dafür seien aber ein faires und transparentes Verfahren, in dem Informationen über das Unternehmen in vorgeschriebener Weise inhaltlich und zeitlich bereitgestellt werden müssten. Die Schlüssel im Transaktionsprozess seien die Angebote und die Überwachung der am Verfahren beteiligten Organisationen. (BBC PF, 30.9.04)

Die Frage des *management buyout* wird in einem anderen Bericht differenzierter dargestellt. So soll die Aussage des Hongkonger Ökonomen Larry Lang von der Chinese University eine Kontroverse ausgelöst haben. Lang warnte, dass das *management buyout* zum Verlust staatlicher Vermögenswerte führen werde. Der Bericht unter China.org.cn vom 22.9.04 verweist auf Angaben der SASAC, dass bereits die Hälfte der Staatsunternehmen durch *management buyout* restrukturiert worden sei, ohne allerdings zwischen großen und kleinen Unternehmen zu unterscheiden. Auf

Verluste staatseigener Vermögenswerte bei der Einführung des *management buyout* werde in der Öffentlichkeit sehr emotional reagiert. Tatsächlich jedoch würden die Unternehmen nach dem *management buyout* viel bessere Ergebnisse aufweisen. Bei der Hälfte der Unternehmen, die eine Umstrukturierung durchgeführt hätten, handele es sich um ein *management buyout*, während die übrigen Unternehmen Aus- oder Inlandskapital hätten absorbieren können. Der Bericht lässt einen Experten zu Wort kommen, der vorschlägt, die Entwicklung von *management buyout* näher zu untersuchen. Vor allem solle gefragt werden, warum *management buyout* so verbreitet sei und zu positiven Ergebnissen führe und für welche Industrien dies besonders geeignet sei. Es sei anzunehmen, dass vor allem mittlere und kleine Staatsunternehmen kaum Auslandskapital oder private Investoren anziehen könnten. Für solche Unternehmen könne nur die Übernahme durch das Management eine Lösung sein.

Li Yizhong, stellvertretender Direktor der SASAC, verteidigt das *management buyout* als normale internationale Praxis der Transformation von Eigentumsrechten in den Unternehmen. Allerdings habe es aufgrund von rechtlichen Mängeln in China damit Probleme gegeben. Umstritten sei auch die Frage, wie groß das Unternehmen für ein *management buyout* sein sollte. Wenn Einzelpersonen zu große Unternehmen übernehmen würden, könnte eine vergleichbare Situation wie in Russland entstehen. Dann würde die Reform der Staatsunternehmen mit der Übertragung des Eigentums in die Hände einiger weniger (Manager) enden.

Tatsächlich hatte es aufgrund von Defiziten im gesetzlichen Rahmen vielfältige Probleme beim *management buyout* gegeben, die dazu geführt hatten, dass das Finanzministerium im März 2003 die Genehmigung neuer Anträge auf *management buyout* aussetzte. Erst im Dezember 2003 wurde dieser Bann zumindest teilweise wieder aufgehoben. Neue Bestimmungen wurden eingeführt, die das *management buyout* klarer regulieren. Hierzu zählt, dass das Management die Übernahme des Unternehmens nicht mit den unternehmenseigenen Ressourcen durchführen oder dafür Mit-

tel von anderen Staatsunternehmen einsetzen darf. Wenn das Unternehmen mehrere Jahre vor der Übernahme durch das Management rote Zahlen geschrieben hat und diese Entwicklung eine Folge falscher Managemententscheidungen war, dann darf dies Management das Unternehmen nicht aufkaufen. Hierdurch soll verhindert werden, dass das Management sowohl als Käufer als auch als Verkäufer auftritt, das dann das Unternehmen in die Verlustzone bringt, um es später billig aufkaufen zu können. („MBOs at the Crossroad“, in: china.org.cn, 22.9.04) -schü-

26 Neue Richtlinien für Chinas Automobilsektor

Von vielen Akteuren lange erwartet, veröffentlichte die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) Chinas am 1. Juni die neue „Automotive Industry Development Policy“. Die neuen Vorgaben erhielten sofortige Gültigkeit und ersetzten die deutlich restriktiveren Vorgaben der „Formal Policy on Development of Automotive“ aus dem Jahre 1994. Mit der neuen industriepolitischen Richtlinie will Beijing die stark fragmentierte Automobilindustrie konsolidieren, die internationale Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Unternehmen erhöhen und so insgesamt die nachhaltige Entwicklung des als nationale Schlüsselindustrie ausgewiesenen Automobilsektors fördern. Erstmals sind auch energie- und umweltpolitische Komponenten Bestandteil der chinesischen Automobilpolitik.

Seit Jahren boomt der chinesische Automarkt mit zweistelligen Wachstumsraten. Im Jahr 2001 war China bereits der weltweit siebtgrößte Absatzmarkt, 2002 der viertgrößte und 2003 mit 4,4 Mio. verkauften Fahrzeugen nach den USA und Japan der drittgrößte Absatzmarkt. Allein in den Jahren 2002 und 2003 haben ausländische Investoren 6,3 Mrd. US\$ in den chinesischen Markt investiert. Die NDRC geht bis 2007 von 25,5 Mrd. US\$ Gesamtinvestitionen in den Automobilmarkt aus, davon wurden bereits 10 Mrd. US\$ durch ausländische Investoren zugesichert. Als Folge dieser hohen Investitionen existierten im Jahre 2003 in China 123 Produktionsunter-

nehmen für Kraftfahrzeuge, die in 23 Provinzen und autonomen Regionen fertigen. Der größte Teil dieser Unternehmen weist nur geringe Skalengrößen auf, 95 Unternehmen stellen weniger als 10.000 Einheiten p.a. her, 70 Unternehmen produzieren sogar weniger als 1.000 Einheiten jährlich. (CD, 18.4.04, nach BBC EF, 2.6.04; NfA, 2.8.04; Xinhua, nach CD, 18.8.03)

Inzwischen sprechen Marktanalysten bereits von einer Überhitzung des Automobilsektors. Auf einer Konferenz der Asian Development Bank in Südkorea Mitte Mai 2004 wies der Vizeminister für Finanzen, Li Yong, erstmals öffentlich darauf hin, dass die Automobilindustrie offiziell zu den überhitzten Bereichen gehört. Fu Lianxue, Mitarbeiter des China Automotive Technology and Research Center, geht zwar von Überhitzungen auf einigen Gebieten aus, sieht aber insgesamt das Wachstum der Investitionen im Einklang mit dem Wachstum des Absatzmarktes. Dagegen glaubt Ma Xiaohu, Direktor des Industrial Development Research Center, Investitionsblasen in den Zuliefermärkten zu erkennen. Ma erwartet, dass aufgrund der raschen Erhöhung der Produktionskapazitäten um fünf Mio. Einheiten in den nächsten fünf Jahren ein Angebotsüberhang entstehen wird. Eine mögliche Folge der Überhitzung des Kfz-Marktes könnten Insolvenzen und damit Not leidende Kredite und Arbeitslosigkeit sein. (www.auto mobilindustrie.de, 15.6.04; *Beijing Review*, 15.7.04)

Mit der neuen „Automotive Industry Development Policy“ will die NRDC, die Chinas gesamte wirtschaftliche Restrukturierung beaufsichtigt, eine gesunde und nachhaltige Entwicklung der Automobilindustrie fördern. Insbesondere soll die nationale Kfz-Industrie gestärkt werden, mit der Zielsetzung international wettbewerbsfähige chinesische Automobilkonzerne unter den Top 500 multinationaler Unternehmen zu platzieren. In 13 Kapiteln mit insgesamt 78 Paragraphen werden u.a. „Ziele“, „Technologie-Politik“, „Strukturelle Anpassungen“, „Marktzugang“, „Produktentwicklung“, „Kfz-Teile“, „Vertrieb“, „Investitionen“ und „Importvorgaben“ in den neuen Bestimmungen behandelt.

Im Vergleich zu den vorher herrschenden Vorgaben zeigen sich u.a. sechs Neuerungen:

- Abschaffung von Vorschriften, die nicht mit den Richtlinien der WTO übereinstimmen. Dazu gehören auch die bisherigen *local content*-Vorschriften;
- Vereinfachung von bürokratischen Abläufen und Genehmigungsverfahren;
- Verstärkte Entwicklung von Produkten mit chinesischen IPR (*intellectual property rights*);
- Erleichterungen für nationale Kfz-Unternehmen bei einer Expansion durch Fusionen und Übernahmen;
- Schaffung eines attraktiveren Umfelds für Konsumenten;
- Anreize zur Entwicklung energiesparender und umweltfreundlicher Fahrzeuge.

Um die stark fragmentierte Industrie zu konsolidieren, macht die neue Richtlinie konkrete Vorgaben für neue Automobilunternehmen. So wurden Mindestinvestitionssummen von zwei Mrd. RMB bzw. rd. 240 Mio. US\$ einschließlich einer Forschungs- und Entwicklungseinheit mit Investitionen von 500 Mio. RMB bzw. rd. 60 Mio. US\$ festgelegt. Dabei sind Produktionskapazitäten bei Pkw mit 4-Zylinder-Motoren von mindestens 50.000 Einheiten p.a., bei Pkw mit 6-Zylindern von 30.000 Einheiten und bei schweren Lkw von 10.000 Einheiten vorgeschrieben. Dies erschwert insbesondere branchenfremden chinesischen Unternehmen den Zugang zur Automobilindustrie, könnte aber auch den Markteintritt ausländischer Unternehmen behindern. (WSJ, 1.6.04)

Ausländische Unternehmen dürfen auch nach den neuen Bestimmungen nur einen Kapitalanteil von maximal 50% an Automobil- und Motorrad-Joint-Ventures halten. Ausnahmen von dieser Regelung existieren für Gemeinschaftsunternehmen, die ihren Sitz in Exportverarbeitungszone haben und für Auslandsmärkte produzieren.

Der bisher bestehende Zwang für Automobilunternehmen, einen Mindest-Lokalisierungsanteil zu erfüllen, also mindestens 40% der Fahrzeugteile in China herzustellen, wurde abgeschafft. Jedoch wurden Vorgaben für Importzölle so verändert, dass fortan Automobile mit einem gewissen Anteil an ausländischen Bauteilen als Importwagen gelten. Damit sind diese dann zu verzollen. Mit dieser protektionistischen Maßnahme versucht die Beijinger Regierung der Tendenz des „complete knock down“ (CKD)-Verfahrens, also der Zusammensetzung von Fahrzeugen aus importierten Teilen, entgegenzuwirken. (CEN, 28.6.04)

Noch unklar bleibt, ob ausländische Unternehmen für den Verkauf von lokal hergestellten und importierten Fahrzeugen dieselben Vertriebskanäle nutzen können. Die neue Richtlinie verweist lediglich auf weitere Vorgaben, die künftig diesbezüglich gemacht werden sollen. Jian Sun, Berater bei A. T. Kearney in Shanghai, vermutet jedoch, dass die neuen Bestimmungen darauf abzielten, die Distributionskanäle weiterhin zu trennen. Damit, so Sun, möchte die chinesische Regierung die Möglichkeiten der Kontrolle über ausländische Unternehmen aufrechterhalten. (WSJ, 1.6.04)

Befürchtungen ausländischer Investoren auf Einführung einer Klausel, nach der bis zum Jahr 2010 die Hälfte des chinesischen Automarktes von ausschließlich chinesischen Produzenten hätte bedient werden müssen, haben sich nicht bewahrheitet. Heftige Proteste multinationaler Unternehmen konnten dies verhindern. (NfA, 2.8.04)

Mit neuen umwelt- und energiepolitischen Komponenten im Kommissionspapier soll vermutlich dem zunehmenden Erdölbedarf und den gravierenden Umweltproblemen entgegen gewirkt werden. Nach Studien des chinesischen State Council Development and Research Centre ist ein Anstieg des verkehrsbedingten Erdölverbrauchs von rd. 66 Mio. t im Jahr 2000, auf 138 Mio. t bis 2010 und auf 256 Mio. t bis 2020 zu erwarten. Der bei weitem größte Anteil dieser Nachfrage müsste durch Einfuhren befriedigt werden. Nach der neuen Richtlinie soll bis 2010 der Kraftstoffverbrauch bei Neuwagen um 15% sinken,

und die Unternehmen werden aufgefördert, alternative Kraftstoffe zu entwickeln und umzusetzen. Ausländische Beobachter weisen jedoch auf die fehlende Einheitlichkeit und Verbindlichkeit der Regelungen hin, die das Erreichen dieser Zielsetzungen erschweren könnte. (www.china.ahk.de, 28.7.04)

Global Player wie General Motors Corp. (GM) und Ford begrüßten grundsätzlich die neue Richtlinie, kommentieren jedoch noch keine Details des 78 Artikel umfassenden Dokuments. Durch die Fortdauer und den Ausbau ihrer Engagements in China demonstrieren jedoch die meisten internationalen Automobilkonzerne, dass sie im chinesischen Markt weiterhin ein erhebliches Wachstumspotenzial sehen. Im Umfeld der Beijing International Car Exhibition Mitte Juni unterstrichen viele ihre Absichten, verstärkt in den chinesischen Markt zu investieren. So plant Ford seine Produktionskapazitäten bis Ende des Jahres zu verdreifachen, GM will innerhalb der kommenden drei Jahre drei Mrd. US\$ investieren, und Volkswagen möchte durch Investitionen von 7,4 Mrd. US\$ die eigene Marktposition sichern und ausbauen. (*Beijing Review*, 15.7.04) -Markus Grabmeier-

SVR Hongkong

27 Einladungen zu Feierlichkeiten am Vorabend des Nationalfeiertags in Beijing

Erstmals lud die parteistaatliche Führung in Beijing zehn Abgeordnete der am 12. September neu gewählten Legislativversammlung (*Legislative Council*) aus dem pro-demokratischen Parteienlager Hongkongs zu den Feierlichkeiten im Vorfeld des 55-jährigen Bestehens der VR China in Beijing ein. Für Unstimmigkeiten sorgte die Tatsache, dass sich unter diesen zehn Vertretern nur ein Mitglied der Democratic Party befindet, obgleich diese die größte Oppositionspartei in der neuen Legislativversammlung ist (ausführlicher zu den Wahlen der Le-

gislativversammlung siehe das Thema in diesem Heft).

Die insgesamt rund 200-köpfige Hongkonger Delegation unter der Führung des Regierungschefs (*Chief Executive*) Tung Chee-hwa wurde für einen ein-tägigen Besuch nach Beijing eingeladen, um am Vorabend des Nationalfeiertages am 1. Oktober d.J an den offiziellen Feierlichkeiten teilzunehmen. Damit war eine rechtzeitige Rückkehr für die Teilnahme an den lokalen Hongkonger Festlichkeiten am Nationalfeiertag selbst gewährleistet. Am 24. September waren zunächst zehn pro-demokratische Abgeordnete eingeladen worden. Da es sich dabei vor allem um gemäßigtere Demokraten der kleineren politischen Parteien handelte und nur ein Abgeordneter der Democratic Party dazugehörte, führte diese Entscheidung zu kontroversen Diskussionen. Insbesondere die pro-demokratischen Kräfte Hongkongs werteten die Entscheidung als einen Beweis dafür, dass die parteistaatliche Führung das demokratische Lager spalten wolle. Andere Stimmen, zu denen auch die ehemalige *Chief Secretary* Anson Chan gehört, sahen darin vielmehr ein Zugeständnis der Parteispitze in Beijing und hoben die Einzigartigkeit dieser Entscheidung hervor. Ihrer Meinung nach könne man darin einen ersten Schritt in Richtung einer verbesserten Kommunikation zwischen der zentralchinesischen Führung und den pro-demokratischen Kräften der SVR sehen. Einen Tag später, am 25. September, erfolgte dann die Einladung drei weiterer pro-demokratischer Politiker, die Abgeordnete der Bezirksräte sind, unter ihnen ebenfalls ein Vertreter der Democratic Party. Zou Zekai, stellvertretender Direktor des Verbindungsbüros der chinesischen Regierung in Hongkong versicherte, dass die parteistaatliche Führung mit den Einladungen vor allem den Dialog mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen anstrebe und der Dialog nicht auf einzelne politische Parteien beschränkt sei.

Auch wenn sich während der offiziellen Feierlichkeiten kaum Möglichkeiten für offizielle politische Gespräche zwischen den Hongkonger Abgeordneten und der Beijinger Parteispitze eröffnen dürften, ist die erstmalige Einladung von insgesamt zehn demokra-

tischen Abgeordneten der Legislativversammlung durchaus als konstruktive und zuvorkommende Geste der zentralchinesischen Führung zu beurteilen, auch wenn der Anteil der Vertreter der Democratic Party nur gering ist. (SCMP, 24., 30.9.04; WSJ, 23.9.04; ST, 25.9.04; RTHK, Radio 3, 30.9.04) -kw-

28 US-Repräsentantenhaus verabschiedet Resolution zur Unterstützung eines „freiheitlichen Hongkongs“

Am 13. September verabschiedete das US-Repräsentantenhaus eine Resolution, in der es die Unterstützung für ein so genanntes „freiheitliches Hongkong“ zusichert und der parteistaatlichen Führung der VR China vorwirft, die Einführung allgemeiner und freier Wahlen des Regierungschefs (*Chief Executive*) und der Legislativversammlung (*Legislative Council*) in der SVR Hongkong verhindern zu wollen. Sowohl die Regierung der SVR Hongkong als auch der Nationale Volkskongress (NVK) der VR China wiesen die in der Resolution geäußerten Anschuldigungen entschieden zurück.

Wie ein Sprecher des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des NVK mitteilte, beschuldigte das US-Repräsentantenhaus in seiner Resolution den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, der „letzte Schiedsrichter“ bei Hongkongs demokratischen Reformen zu sein, der mutwillig und grundlos Chinas Verfassung und das Hongkonger Grundgesetz (*Basic Law*, kurz BL) nach eigenen Interessen interpretiere. Da es sich bei diesem Vorwurf um eine Einmischung in die internen Angelegenheiten der VR China handle, der zudem die Gefühle der chinesischen Bevölkerung verletze, weise der Nationale Volkskongress diesen zurück. Der Sprecher führte aus, dass die parteistaatliche Führung Chinas die SVR bei der Entwicklung ihres demokratischen Systems in Übereinstimmung mit den lokalen Gegebenheiten unterstütze und eine Demokratisierung somit befürworte. Als Hongkong noch eine britische Kronkolonie war, habe es 150 Jahre lang keine Demokratie gekannt. Seit der Rückgabe der Sou-